

EINLADUNG

39. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Tiefbau

Sitzungstermin: Freitag, 06.03.2020, 16:30 Uhr

Raum, Ort: Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften
- 3 Neuer Fußgängerweg um den Rüdeshimer Platz **1350/5**
CDU-Fraktion (VT vertagt)
- 4 Umbau der Kantstraße **1359/5**
FDP-Fraktion (VT vertagt)
- 5 Tauentzien probeweise als Fußgängerzone **1360/5**
FDP-Fraktion (VT vertagt)
- 6 Busspur Spandauer Damm **1361/5**
FDP-Fraktion (VT vertagt)
- 7 Verkehrsberuhigung am Heckerdamm **1366/5**
Fraktion DIE LINKE (VT vertagt)
- 8 Sichere Querung des Saatwinkler Damms an der Gedenkstätte
Plötzensee **1372/5**
SPD-Fraktion (VT vertagt)
- 9 Verkehrssicherheit Teufelsseestraße/Soldauer Allee **1374/5**
SPD-Fraktion (VT vertagt)
- 10 Falschparken an der Kreuzung Berliner Straße/Uhlandstraße **1380/5**
unterbinden - Ladezone einrichten
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (VT vertagt)
- 11 Fahrradverkehr: Erst Verkehrszählung - dann Verkehrsplanung **1390/5**
AfD-Fraktion (VT vertagt)

- | | | |
|----|---|---------------|
| 12 | Geschützter Radstreifen auf der Kantstraße
Fraktion DIE LINKE (VT vertagt) | 1392/5 |
| 13 | Geschützter Radstreifen auf der Konstanzer Straße
Fraktion DIE LINKE (VT vertagt) | 1393/5 |
| 14 | Geschützter Radstreifen auf der Kaiser-Friedrich-Straße
Fraktion DIE LINKE (VT vertagt) | 1394/5 |
| 15 | Fahrradabstellanlagen für Lastenräder
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (VT vertagt) | 1403/5 |
| 16 | Beim Bau der Siemens-Bahnbrücke Fuß- und Radverkehr
mitdenken
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (VT vertagt) | 1406/5 |
| 17 | LKW-Verkehr auf der Stadtautobahn reduzieren
FDP-Fraktion (VT vertagt) | 1409/5 |
| 18 | Ausreichend Fahrradbügel bereitstellen
AfD-Fraktion (VT vertagt) | 1415/5 |
| 19 | Fahrrad Zu- und Abwege verbessern
SPD-Fraktion (VT vertagt) | 1419/5 |
| 20 | Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung | |
| 21 | Verschiedenes | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Saßen
Vorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1350/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Neuer Fußgängerweg um den Rüdeshheimer Platz

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert den Fußgängerweg rund um den Rüdeshheimer Platz ökologisch und einheitlich zu sanieren. Dabei sind insbesondere die seit Jahren bekannten Gefahrenstellen zu beseitigen.

Auf eine unökologische Bodenversiegelung ist weitestgehend zu verzichten.

Der BVV ist bis zum 31. Januar 2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke/Heyne/Tschörtner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1359/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Umbau der Kantstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz die Kantstraße baulich weiterzuentwickeln. Ziel muss es sein, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sicher und schnell vorankommen und Umgebungsstraßen nicht zu Ausweichrouten werden.

Unter anderem sind folgende Maßnahmen in die Prüfung einzubeziehen:

1. Verbesserung des Verkehrsflusses
 - a) Optimierung der Ampelschaltungen für einen möglichst gleichmäßigen Verkehrsfluss entlang der Kantstraße als wichtiger West-Ost- Verbindung,
 - b) Systematisches und restriktiveres Vorgehen gegen Falschparker/ Verkehrsblockierer in der zweiten Reihe,
 - c) Ausweisung von Lieferzonen, vorwiegend „um die Ecke“ in den einmündenden Straßen. Ggf. dadurch entfallende Parkplätze sind an anderer Stelle in der Nähe zu kompensieren.
 - d) Neuaufteilung des Straßenraumes: Entfall des Mittelstreifens zur Gewinnung zusätzlich nutzbaren Straßenraums, Schaffung einer Aufteilung mit einer überbreiten Busspur (ausreichend für Bus und Radfahrer) und einer überbreiten Fahrspur (ausreichend für bis zu zwei PKW nebeneinander). Zur Sicherung der nötigen Straßenbreite ist zusätzlich an entsprechenden Stellen Querparken durch Längsparken zu ersetzen. Ggf. dadurch entfallende Parkplätze sind an anderer Stelle in der Nähe zu kompensieren.
 - e) Verlagerung des Radverkehrs in Nebenstraßen durch entsprechende Angebote, u.a. Fahrradleitsystem und Prüfung der Einrichtung einer Fahrradstraße in der Schillerstraße.

2. Verbesserung der Aufenthaltsqualität
 - a) Entfernung der abgestorbenen Baumstümpfe bzw. (teilweise) Neupflanzung abgestorbener Straßenbäume,
 - b) Attraktivere Gestaltung der bestehenden größeren gepflasterten Flächen durch Blumenbeete, Büsche u.ä.,
 - c) Attraktivere Gestaltung der Kreuzungen der Kantstraße mit der Kaiser-Friedrich-Straße und der Leibnizstraße (u.a. Entfall des gepflasterten, abgesperrten Mittelstreifens Kaiser-Friedrich-Straße).

3. Verbesserung des Parkplatzangebots
 - a) Aufbau eines Parkleitsystems für alle Bereiche der Kantstraße (insbesondere im Westteil), mittelfristig Aufbau eines digitalen Angebots zur Hinführung auf freie Parkplätze,
 - b) Prüfung des Baus einer Quartiersgarage unter dem Amtsgerichtsplatz (möglichst unter Schonung des Baumbestandes),
 - c) Bei Neubauprojekten in der Kantstraße sind öffentliche Quartiersgaragen zu genehmigen.
 - d) Aufnahme von Verhandlungen des Bezirks für Vereinbarungen mit Unternehmen zur Nutzung von bestehenden nicht-öffentlichen Parkplätzen außerhalb der Ladenöffnungszeiten,
 - e) Erfassung/Abfrage vorhandener nicht-öffentlicher freier Parkplätze (z.B. in Hinterhöfen und Tiefgaragen) und Aufnahme von Verhandlungen des Bezirks für Vereinbarungen mit den Eigentümern zur Ermöglichung einer Nutzung durch Anwohner.

Der BVV ist bis zum 31.07.2020 zu berichten.

Begründung:

Es besteht Einigkeit darüber, dass die Kantstraße in ihrer jetzigen Ausgestaltung ein Miteinander von motorisiertem Individualverkehr, Fahrradfahrern und Bussen schwierig macht. Hier bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes, der die Interessen aller Beteiligten aufgreift. Probleme wie der fehlende Fahrradstreifen, die fehlende Busspur und das Parken in zweiter Reihe müssen dabei auch Berücksichtigung finden. Eine bloße Reduktion der Geschwindigkeit im o.g. Abschnitt führt nur zu einer erhöhten Nutzung von Umgebungsstraßen, da die Kantstraße ihre Attraktivität als Hauptstraße verliert. Für einen Verkehrsfluss, der Emissionen reduziert, muss es in Charlottenburg-Wilmersdorf weiterhin Achsen geben, die ein flüssiges Vorankommen ermöglichen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke/Heyne/Rexrodt/Tschörtner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1360/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Tauentzien probeweise als Fußgängerzone

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Verkehr, Umwelt und Klimaschutz und gemeinsam mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg dafür einzusetzen, dass die Tauentzienstraße über einen ausgewählten Zeitraum zwischen Joachimsthaler Straße und Wittenbergplatz als Fußgängerzone ausgewiesen wird. Beispielsweise sollte hier als erster Schritt geprüft werden, ob der Weihnachtsmarkt von der Gedächtniskirche ausgehend zum Wittenbergplatz im gesamten Straßenraum erweitert werden könnte. In Betracht kommt auch eine Sperrung der Straße während der Sommerferien. Langfristiges Ziel soll die dauerhafte Verkehrsberuhigung in diesem Abschnitt zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der City West sein. Dafür ist es notwendig, dass die Auswirkungen auf das städtische Zusammenleben (Wirtschaft, Verkehr, Soziales) erprobt werden. Dies ist im Rahmen eines wissenschaftlichen Gutachtens zu begleiten, woraus Empfehlungen für die Stadtgestaltung hervorgehen sollen. Die Empfehlungen sollen auch Varianten enthalten, bei der nur eine Seite der Tauentzienstraße gesperrt wird und auf der anderen Seite weiter Bus-, Taxi- und Fahrradverkehr möglich bleiben.

Der BVV ist bis zum 31.01.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Aufenthaltsqualität rund um den Breitscheidplatz, die Tauentzienstraße und den Kurfürstendamm lädt immer weniger zum Verweilen ein. Mit der probeweisen Ausweisung einer Fußgängerzone auf der Tauentzienstraße soll diesem Trend entgegengewirkt werden. Die City West muss neue Impulse für die Stadtgestaltung der Zukunft setzen. Andere Städte, wie Wien mit der Fußgängerzone Mariahilfer Straße, machen es vor. Dabei muss ein gesamtstädtisches Konzept dafür sorgen, dass der Verkehr weiter fließt, die lokale Wirtschaft profitiert und die Besucherinnen und Besucher und Anwohnerinnen und Anwohner an Lebensqualität dazugewinnen. Um die

Auswirkungen langfristig abzuschätzen, soll mindestens über einen Zeitraum von mehreren Wochen eine repräsentative Untersuchungsphase durchgeführt werden. Die Sperrung für ein einzelnes Wochenende wie an der Friedrichstraße ist nicht ausreichend, um eindeutige Untersuchungsergebnisse zu erhalten. Die Erreichbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer muss dauerhaft gewährleistet werden. Dazu zählt auch, dass der oberirdische Verkehr stärker in den Untergrund verlagert wird. Hierzu zählt der Bau von Fahrrad- und PKW-Tiefgaragen und die Verlängerung der U-Bahnlinie zur westlichen Ringbahn.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1361/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Busspur Spandauer Damm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in der Kirschenallee in Westend in unmittelbarer Nähe zur Kreuzung zum Spandauer Damm eine Lade- und Haltezone einzurichten, die es mehreren PKW und ggf. LKW gleichzeitig ermöglicht, legal zu halten.

Das Bezirksamt soll sich gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz dafür einzusetzen, dass die Busspur auf dem Spandauer Damm deutlicher als solche gekennzeichnet wird, ggf. durch die Beschilderung mit dem Verkehrszeichen „245 - Bussonderfahrstreifen“.

Zur besseren Überwachung der Busspur soll das Bezirksamt mit dem zuständigen Polizeiabschnitt 2 und der BVG regelmäßig Schwerpunkteinsätze entlang der Busspur des Spandauer Damms durchführen und darauf hinwirken, dass bei Verstößen im Rahmen der Ermessensausübung die Fahrzeuge schnellstmöglich umgesetzt werden.

Das Bezirksamt wird gebeten, mit der BSR und insbesondere dem BSR-Standort in Ruhleben, in Gespräche einzutreten, um die Vielzahl an Müllfahrzeugen, die kurzzeitig die Busspur auf Höhe des Spandauer Damms 160 zuparken, um den dortigen Kiosk zu nutzen, zu reduzieren.

Der BVV ist bis zum 31.01.2020 zu berichten.

Begründung:

Zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs gehört es auch, für einen fließenden Verkehr und ein schnelles Vorankommen zu sorgen. Nutzerinnen und Nutzer der Buslinie M45 müssen regelmäßig feststellen, dass insbesondere auf Höhe des Spandauer Damms 160 / Kirschenallee PKW und insbesondere auch LKW von der BSR illegal auf der Busspur halten, um den dortigen Kiosk zu nutzen. Der Kiosk hat sich auf den Durchgangsverkehr zwischen Spandau und Charlottenburg spezialisiert und bietet mittlerweile sogar kleine „Kehrpakete“ für die Kundinnen und Kunden an. Damit diese den Kiosk weiter nutzen können, soll eine Lade- und Haltezone in der

angrenzenden Kirschenallee eingerichtet werden und die Busspur stärker von Polizei, BVG und Ordnungsamt kontrolliert werden. Das ständige Ausscheren der Busse verlangsamt den Verkehrsfluss enorm und führt zu hohen Verspätungen. Die Busspur ist als solche aktuell lediglich durch das Verkehrszeichen „250 - Durchfahrt Verboten“ und Zusatzzeichen „Bus frei“ gekennzeichnet. Durch die Kennzeichnung als „Bussonderfahrstreifen“ wird die Nutzung ggf. noch einmal deutlicher hervorgehoben.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1366/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verkehrsberuhigung am Heckerdamm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt zu berichten, in welchem Umfang Maßnahmen zur Überwachung der Geschwindigkeit seit dem BVV-Beschluss vom 19. Januar 2012 durchgeführt wurden (bitte Angabe getrennt nach Jahren). Zu diesem Zweck sind entsprechende Daten bei den zuständigen Stellen anzufordern.

Das Bezirksamt wird weiterhin beauftragt, sich gegenüber den zuständigen Stellen für verstärkte Geschwindigkeitskontrollen am Heckerdamm, insbesondere in Nähe der Kindertagesstätte Plötzensee, einzusetzen.

Des Weiteren wird das Bezirksamt gebeten, die aktuellen Pläne der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz zur Beschränkung des Lkw-Verkehrs auf dem Heckerdamm zwischen Kurt-Schumacher- und Friedrich-Olbricht-Damm – mit Ausnahme des Anlieferverkehrs – zu erfragen und darüber zu berichten.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Begründung:

Am Heckerdamm kommt es – wie vielerorts – regelmäßig zu Geschwindigkeitsübertretungen. Dies wiegt umso schwerer angesichts des hohen Aufkommens des Lkw-Verkehrs. Dieser ist bereits seit vielen Jahren Grund zur Beschwerde der Menschen in der Umgebung, die den Emissionen ausgesetzt sind. Daher müssen grundsätzliche Verbesserungen bewirkt werden.

Kurz- wie langfristig helfen Geschwindigkeitskontrollen, den Verkehr auch im Sinne einer Gefahrenminderung insbesondere für Kinder zu mindern. Mittelfristig ist die Beschränkung des Lkw-Verkehrs anzustreben, in der Stadt wie auch hier vor Ort. In diesem Zusammenhang berichtete die frühere Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in ihrem Schreiben vom 26. Mai 2016 an das Bezirksamt:

„Tatsächlich hat sich an meiner Einschätzung der verkehrlichen Situation, wie ich sie Ihnen in 2012 bzw. 2013 mitteilte, nichts geändert.

So halte ich insbesondere an meiner Entscheidung fest, durch die VLB das erforderliche Verfahren zur Prüfung und Anordnung einer Sperrung für LKW - mit Ausnahme für Anlieger - für die Zeit nach der Schließung des Flughafens Tegel durchführen zu lassen. Ich gehe auch weiterhin davon aus, dass sich der Verkehr nach Schließung des Flughafens Tegels verlagern und der Heckerdamm für die Durchfahrt von LKW über 7,5 t nicht mehr unbedingt benötigt werden wird. Als sinnvolle Alternativstrecke für die Zufahrt zu den gewerblichen Zielen in diesem Bereich wird nach meiner Auffassung dann der Saatwinkler Damm ausreichen.“

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Hansen/Tillinger

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1372/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Sichere Querung des Saatwinkler Damms an der Gedenkstätte Plötzensee

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, wie eine geeignete Fußgängerquerung an der Bushaltestelle der Linie 123 „Gedenkstätte Plötzensee“ in Richtung Mäckeritzwiesen eingerichtet werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.04.2020 zu berichten.

Begründung:

Personen, die mit dem ÖPNV zur Gedenkstätte fahren, haben kaum eine Chance den Saatwinkler Damm zu überqueren. Eine Ampelanlage ist ebenfalls nicht in der Nähe, die genutzt werden könnte.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1374/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Verkehrssicherheit Teufelsseestraße/Soldauer Allee

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, wie die Verkehrssicherheit an der Ecke Teufelsseestraße/Soldauer Allee erhöht werden kann.

Der BVV ist bis zum 31.03.2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1380/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Falschparken an der Kreuzung Berliner Straße/Uhlandstraße unterbinden
- Ladezone einrichten**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, in der Uhlandstraße nördlich der Berliner Straße die Teile der Fahrradangebotsstreifen mit Pollern auszustatten, die nicht vor Parkplätzen sind. Zugleich soll im Bereich der Parkplätze nördlich der Berliner Straße eine Ladezone eingerichtet werden, damit die Anlieferung der umliegenden Geschäfte besser erfolgen kann.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2020 zu berichten.

Begründung:

Wie auf vielen Fahrradangebotsstreifen werden auch nördlich der Berliner Straße oft Fahrzeuge abgestellt. Hier geschieht das meist, um sich in den nahen Lokalen etwas zu essen zu besorgen. Damit wird die Sicherheit der Radfahrenden gefährdet, die diesen Autos ausweichen und auf den Streifen mit dem motorisierten Verkehr wechseln müssen. Mit Pollern kann dieses Falschparken verhindert werden.

Da in dem Bereich auch Anlieferung erfolgt, sollte der dafür nötige Platz mit einer Ladezone hergestellt werden. Dies kann im Bereich der Parkplätze geschehen. Anderenfalls halten Anliefernde entweder auf der Fahrspur oder ebenfalls auf dem Fahrradangebotsstreifen. Das behindert ebenso den Verkehrsfluss (Hier fährt die Buslinie 249.).

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1390/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Fahrradverkehr: Erst Verkehrszählung - dann Verkehrsplanung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, vor der Planung neuer Fahrradtrassen eine Verkehrszählung des Fahrradverkehrs zu veranlassen.

Begründung:

Der Ausbau komfortabler und sicherer Radwege ist effektiv voranzutreiben. Bei dem künftigen Ausbau des Radwegnetzes im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf sollten stark genutzte Verbindungen zuerst gebaut werden. Ein weiterer Aspekt ist die anzustrebende Entzerrung des Verkehrs, dass alle Verkehrsteilnehmer (z.B. Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer) gleichberechtigte und sichere Bewegungsräume haben. Erst die aus einer Verkehrszählung erhobenen Daten ermöglichen eine effektivere Planung.

Der BVV ist bis zum 29.02.20 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Dieke/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1392/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Geschützter Radstreifen auf der Kantstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, von den zuständigen Stellen einen geschützten Radstreifen (Fahrradangebotsstreifen) für Radfahrende in der Kantstraße nach dem Vorbild der Holzmarkstraße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einrichten zu lassen. Dieser Radstreifen sollte durch geeignete bauliche Maßnahmen von der übrigen Fahrbahntrasse abgetrennt sein.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Begründung:

Die Kantstraße dient als eine der wichtigen Verbindungsstraßen in West-Ost-Richtung durch unseren Bezirk und wird täglich von vielen Radfahrenden genutzt. Leider kommt es oft durch zu dicht auffahrende Autos oder auch durch den parkenden Individualverkehr zu gefährlichen Situationen sowohl für Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und Autofahrende. Um die Gefährdung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer*innen zu reduzieren bzw. gänzlich zu unterbinden, soll ein entsprechend geschützter Radstreifen eingerichtet werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Dieke/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1393/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Geschützter Radstreifen auf der Konstanzer Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, von den zuständigen Stellen einen geschützten Radstreifen (Fahrradangebotsstreifen) für Radfahrende in der Konstanzer Straße nach dem Vorbild der Holzmarkstraße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einrichten zu lassen. Dieser Radstreifen sollte durch geeignete bauliche Maßnahmen von der übrigen Fahrbahntrasse abgetrennt sein.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Dieke/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1394/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Geschützter Radstreifen auf der Kaiser-Friedrich-Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, von den zuständigen Stellen einen geschützten Radstreifen (Fahrradangebotsstreifen) für Radfahrende in der Kaiser-Friedrich-Straße nach dem Vorbild der Holzmarkstraße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einrichten zu lassen. Dieser Radstreifen sollte durch geeignete bauliche Maßnahmen von der übrigen Fahrbahntrasse abgetrennt sein.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1403/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fahrradabstellanlagen für Lastenräder

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, inwieweit in das Fahrradabstellanlagenkonzept des Bezirkes Abstellanlagen und -orte für Lastenräder berücksichtigt werden können.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Begründung:

Für kleinere Transporte sind Lastenräder eine Alternative und sollten sicher angeschlossen werden. Hierfür sollte die nötigen Abstellanlagen samt ausreichend Platz bereitgestellt werden. Ein möglicher Aufstellort sind die Bereiche nahe den Kreuzungen. Damit würde zudem das Falschparken an Kreuzungen erschwert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1406/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Beim Bau der Siemens-Bahnbrücke Fuß- und Radverkehr mitdenken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass bei der notwendigen Neuerrichtung einer S-Bahn-Brücke für die Siemensbahn von Charlottenburg zur Siemensstadt auch eine Möglichkeit für Fußgänger*innen und Radfahrende geschaffen wird, diese Brücke zu nutzen.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2020 zu berichten.

Begründung:

Im Zuge der Reaktivierung der Siemensbahn muss die Brücke von der Siemensstadt nach Charlottenburg neu errichtet werden. Aktuell ist diese Brücke gemäß historischen Vorlagen als reine S-Bahn-Brücke vorgesehen. Die Neuerrichtung der Brücke eröffnet nun die Möglichkeit, eine weitere attraktive Verbindung für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen zwischen den Bezirken über die Spree zu schaffen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1409/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

LKW-Verkehr auf der Stadtautobahn reduzieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich beim Senat von Berlin dafür einzusetzen, dass sich dieser bei den zuständigen Stellen dafür ausspricht, den Autobahnring um Berlin von der Mautpflicht für LKW auszunehmen.

Begründung:

Die Stadtautobahn wird auch von LKW genutzt, die den kürzeren Weg über die Stadtautobahn nutzen, um vom Kreuz Oranienburg / dem Dreieck Havelland den Anschluss an die A 13 nach Süden bzw. die A 12 nach Osten zu erreichen. Der vorgeschlagene Mautverzicht auf dem Berliner Ring bei gleichzeitiger Beibehaltung der Maut auf der Stadtautobahn kann dazu führen, dass LKWs stärker den Berliner Ring nutzen und so der LKW-Verkehr auf der Stadtautobahn reduziert, die Stadtautobahn dadurch weniger belastet und die an die Stadtautobahn angrenzenden Gebiete von Emissionen entlastet werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1415/5**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Ausreichend Fahrradbügel bereitstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, an sämtlichen öffentlichen Sportstätten, Schulsportanlagen und Anlagen der Objektart Spielplätze (z.B. Bolzplätze) zu überprüfen, ob ausreichend Fahrradbügel vorhanden sind. Im Bedarfsfall sollen fehlende Bügel montiert werden.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Begründung:

Durch das Fehlen von ausreichend geeigneten Abstellmöglichkeiten werden die Fahrräder oft in ungeeigneten Bereichen abgestellt. Dies führt zu Behinderungen Dritter, Beschädigungen an Rad und Abstellfläche sowie einem erhöhten Diebstahlrisiko für die Fahrräder.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1419/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Fahrrad Zu- und Abwege verbessern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Zu- und Abwege von der Schlossbrücke zum Bonhoefferufer und zum Charlottenburger Ufer für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen sicher zu gestalten.

Der BVV ist bis zum 30.04.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Schlossbrücke wurde in den letzten Monaten gänzlich erneuert. Dies ist ein guter Zeitpunkt, auch die Zu- und Abwege für Fahrradfahrer*innen zu verbessern. Derzeit müssen Fahrradfahrer*innen den Umweg über die Straße nehmen, um direkt auf die Uferwege zu gelangen. Hier muss eine sinnvollere Zu- und Abwegesituation geschaffen werden, damit die Fußgänger*innen vor wilden Fahrradfahrer*innen geschützt werden.